



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1031 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Twitter: @RHSprecher
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at

Rechnungshof veröffentlicht Rechenschaftsberichte 2018 von SPÖ und NEOS

Der Rechnungshof stellt mit dem heutigen Tag die Rechenschaftsberichte 2018 der Parteien SPÖ und NEOS online. Je nach Ablauf und Aufwand des Verfahrens wird die Veröffentlichung der Berichte der weiteren Parlamentsparteien in den nächsten Wochen erfolgen.

Zum Verfahren allgemein:

Politische Parteien (nicht nur die Parlamentsparteien) mussten dem Rechnungshof ihre Rechenschaftsberichte 2018 bis Ende September 2019 übermitteln. Diese Rechenschaftsberichte wurden zuvor von jeweils zwei Wirtschaftsprüfern geprüft und mit ihrer Unterschrift bestätigt. Danach folgte die Kontrolle durch den Rechnungshof. Diese Kontrolle beinhaltet zum einen aufwendige Prozeduren (etwa: Überprüfung auf allfällige unzulässige Spenden, Überprüfung auf Richtigkeit der Liste der Beteiligungsunternehmen). Zum anderen ersucht der Rechnungshof die Parteien um Stellungnahmen, wenn sich aus dem Rechenschaftsbericht selbst Fragen ergeben oder es Anhaltspunkte – etwa aus öffentlich zugänglichen Informationen – dafür gibt, dass Angaben im Rechenschaftsbericht unvollständig oder unrichtig sein könnten. In der Praxis ist es dann oftmals so, dass die – von den zwei Wirtschaftsprüfern bereits geprüften – Angaben während des Verfahrens korrigiert und ergänzt werden. Bei alledem muss sich der Rechnungshof stets auf die Angaben der Parteien und der Wirtschaftsprüfer verlassen. Konnten Widersprüche nicht aufgelöst werden und bleibt der Rechnungshof bei seiner Ansicht, dass Unregelmäßigkeiten bzw. Verstöße gegen das Parteiengesetz vorliegen, erfolgt eine Meldung an den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat, der dann über die weitere Vorgangsweise entscheidet.

Im Regierungsprogramm wurde vereinbart, den Rechnungshof mit „echten Prüfrechten“ in diesem Zusammenhang auszustatten. Solange die gesetzliche Grundlage dafür nicht geschaffen ist, läuft das Kontroll-Verfahren wie bisher ab.

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Wahlkampfkosten: 2018 keine Nationalrats- bzw. Europawahl

Spenden über das gesamte Jahr: 970.392,71 Euro

Zu diesen Punkten erfolgen Mitteilungen des Rechnungshofes
an den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat:

- Die Bundesgeschäftsstelle der SPÖ meldete dem Rechnungshof ein „Peter Kaiser Personenkomitee“ (Jänner bis August 2018). Die Einnahmen durch Spenden betrugen 115.896,38 Euro. Ausgaben in gleicher Höhe wurden u.a. für die Installierung des Vereins, für Fotos, für eine Website sowie für Inserate in Tages- und Wochenzeitungen getätigt. Im Rechenschaftsbericht der SPÖ (Abschnitt Kärnten) sind jedoch Einnahmen aus Spenden mit nur 24 Euro ausgewiesen. Die Einnahmen aus Sachleistungen sind mit 0 Euro angegeben. Die SPÖ gibt an, das Komitee sei von Personen gegründet worden, ohne dies mit der SPÖ, der SPÖ Kärnten oder dem Landeshauptmann abzusprechen. Die Aktivitäten des Vereins seien keine Sachspenden, da das Komitee in keinem organisatorischen und personellen Zusammenhang mit der SPÖ stehe. Der Rechnungshof teilt diese Auffassung nicht. Durch die getätigten Inserate im Wert von 102.040,96 Euro habe die SPÖ einen (ökonomischen) Vorteil erlangt, den sie geduldet habe. Der Rechnungshof ist der Ansicht, dass hier eine Parteispende vorliegt, die auch im Rechenschaftsbericht angeführt werden muss.
- Zwei weitere Punkte betreffen zum einen: den bereits bekannten Sachverhalt eines Seegrundstückes am Attersee. Hierzu ist bereits ein Verfahren beim Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat anhängig. Auch im Jahr 2018 kam es – vereinfacht gesagt – aufgrund einer marktunüblich niedrigen Pacht zu Vorteilen für die SPÖ. Die Entscheidung des Senates steht dazu noch aus. Zum anderen gibt es für den Rechnungshof Unklarheiten über die finanzielle Situation der SPÖ Salzburg, vor allem zur Rolle der „Allgemeinen Finanzierungs-, Geschäftsführungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.“ (eine 100 %-Tochter der SPÖ Salzburg). Es ist im Rechenschaftsbericht nicht ersichtlich – und es konnte auch nicht zufriedenstellend aufgeklärt werden –, welche Kredite von dieser Gesellschaft für die SPÖ gewährt wurden bzw. welche Summen wieder zurückbezahlt wurden.

Besondere Wahrnehmungen aus dem Verfahren: keine



NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum

Wahlkampfkosten: 2018 keine Nationalrats- bzw. Europawahl

Spenden über das gesamte Jahr: 534.648,70 Euro

Es erfolgen keine Meldungen an den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat.

Besondere Wahrnehmungen aus dem Verfahren:

Im Verlauf des Verfahrens korrigierte die Partei Zuordnungen bei den Wahlkampfkosten für die Kärntner Landtagswahl. Anstatt diese bei der Kärntner Landesorganisation auszuweisen, sei dies ursprünglich bei der Bundesorganisation erfolgt. Die Änderungen wurden zur Kenntnis genommen.